



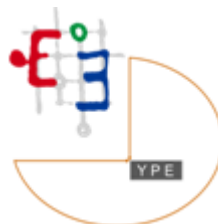
Erinnerung

Corona

EINE ZEITENWENDE ?

PROF. DR. WINFRIED BÖTTCHER

Erstveröffentlichung April 2020



D I E T H E M E N

Vorbemerkung

Krisenbegriff

Gefährdung der Demokratie

Freiheit

Gleichheit

Solidarität

Europas Hilflosigkeit

Normalität war Gestern

Verwendete Literatur



EINE ZEITENWENDE?

Essay

Winfried Böttcher

Aachen

Vorbemerkung

Seit es schriftliche Aufzeichnungen gibt, wissen wir, dass Pandemien die Menschheit heimgesucht haben.

Neben den bekannten Infektionskrankheiten Typhus, Malaria, Tuberkulose tauchte im 2. Jh. nach Chr. die erste Pandemie, die Antoninische Pest, eine Pockenepidemie auf, die sich 80 Jahre später wiederholte. 540 n. Chr. kam die Cyprianische Pest, die Beulenpest, der schwarze Tod. Alle 10 bis 15 Jahre schlug sie erneut zu. (vgl. Harper, 2020)

Wir wissen auch, dass Pandemien als Teil unseres Ökosystems in Zukunft eine Bedrohung für die Stabilität menschlicher Gesellschaften bleiben. Wir wissen weiter, dass wahrscheinlich Pandemien die Menschheit nicht völlig ausrotten werden.

Was wir nicht wissen, ob wir aus dieser Pandemie lernen können, um auf die nächste, die über uns kommen wird, besser vorbereitet sein werden als derzeit. Wenn die Länder Europas schon unterschiedlich recht und schlecht auf das Virus vorbereitet waren, so mag man sich kaum vorstellen, wenn die Insel Lesbos, afrikanische Länder und Indien in voller Kraft von dem Virus getroffen werden. Millionen Menschen werden dies nicht überleben.

Wir glauben heute nicht mehr, eine Pandemie sei eine Geißel Gottes. Der unheilige Satz der Bibel „Macht Euch die Erde untertan“ hat die Menschen zur Hybris verführt. Er fühlt sich als Herr der Natur, ohne darüber nachzudenken, dass er nur ein winziger Teil der Natur ist. Die Natur braucht den Menschen nicht, um zu überleben. Sehr wohl aber hat der Mensch ohne ein demütiges Verhältnis zur Natur keine Überlebenschance. Von daher dürfen wir keinesfalls

die ökonomischen Folgen der Pandemie für die unerlässlich aufzubringenden Kosten, verbunden mit dem Klimawandel, gegenrechnen. Unverantwortlich handeln diejenigen, die den Klimawandel leugnen und jetzt irrlüchtern den Menschen vormachen, Ostern sei das Virus besiegt.

Aus diesen wenigen Anmerkungen, ergeben sich Fragen, denen ich teilweise in gebotener Kürze nachgehen will, wohl wissend, dass die Antworten nur eine erste Annäherung sind. Die Leitfrage, die über allen steht, lautet, sind wir bereit, unser gesellschaftliches Zusammenleben zu ändern oder machen wir nahtlos nach der Krise dort weiter, wo wir vor der Krise aufhören mussten? Diese Leitfrage hat viel damit zu tun, ob unsere Demokratie durch das Virus gefährdet wird? Anders gewendet, werden die fundamentalen Grundwerte demokratischen Zusammenlebens > Freiheit > Gleichheit > Brüderlichkeit (Solidarität) nicht nur die Krise überstehen, sondern unser Bewusstsein nachhaltig positiv verändern? Dies führt uns unmittelbar zu der Frage, ob die Krise durch überbordenden Nationalismus das europäische Projekt gefährdet? Werden wir durch die Krise daran erinnert, wie notwendig kosmopolitisches Denken wäre?

Bevor wir uns diesen Fragen zuwenden, werden wir zunächst den Krisenbegriff erläutern.

Zum Krisenbegriff

Das Wort „Krise“ bedeutet in seinem griechischen Ursprung (krinein = prüfen, sich entscheiden, auch Unterscheidung).

Für Randolph Starn ist die „wichtigste und interessanteste Auslegung des Begriffs bei dem griechischen Arzt Hippokrates (460-377) zu finden, wenn er über die Krise bei Krankheiten nachdenkt: „Die Krise tritt in Krankheiten immer dann auf, wenn die Krankheiten an Intensität zunehmen oder abklingen oder in eine andere Krankheit übergehen oder überhaupt ein Ende haben“ (Hippokrates: De affectionibus, zit. Bei Starn 1973, 53).

Aus dem Krisenbegriff bei Hippokrates können wir mehrere stärker verallgemeinernde Schlüsse ziehen. Danach ist jede Krise ein offener Prozess. Der Ausgang ist nicht vorhersehbar, also nicht zwangsläufig. Je nach Verlauf entscheidet sich, ob sie eine Wendung zum Besseren oder zum Schlechteren nimmt. Jede Krise hält somit Alternativen bereit, beinhaltet auch Chancen. Krisen sind beeinflussbar, beherrschbar, wenn das Krisenmanagement eine Vorstellung davon hat, welche Veränderungen durch die Krise erreicht werden sollen.

In jedem Fall geht es hier um eine in sich unhaltbare Situation, die sich durch extreme Ambivalenz ihrer Entwicklungsmöglichkeiten auszeichnet und in der >etwas geschehen muss. < Genauer gesagt, ist diese Situation eine objektive Gegebenheit, die bestimmte Subjekte unter Entscheidungs- und Aktionszwang setzt, weil sie eine Bedrohung von Zielen darstellt, die für diese Akteure unaufgebbar sind. Ein weiteres Merkmal des entscheidungstheoretisch konzipierten Krisenbegriffs ist der Zeitdruck. >Krise ist ein Entscheidungsprozess unter Zeitdruck< (Karl Deutsch)“ (Jänicke 1973, 33; vgl. auch: Vierhaus, in: Jordan, 193-197).

Jacob Burckhardt (1818-1897) untersucht in seinen >Weltgeschichtlichen Betrachtungen< Krisen als Ursache für eine notwendige Weiterentwicklung der Gesellschaft. Ohne Krisen gibt es keinen gesellschaftlichen Wandel. Krisen, in denen „ die politische und soziale Grundlage nie erschüttert wird“ (WB1941,260), können nicht als echte Krisen angesehen werden. Grundsätzlich sind Krisen etwas Positives. Mit „Leidenschaft“ werden „ungeahnte Kräfte“ freigesetzt, „die etwas Neues und nicht nur das Umstürzen des Alten“ wollen (ibid.,288).

Ganz unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges, der dem „kleine[n] alte[n] Kontinent“ nichts als „Elend, Zerstörung und Tod“ gebracht hat, der die europäische Kultur im „Innersten getroffen“ hat, in dem die Zivilisation „ihren eigenen Ruin“ erzeugt hat, erläutert Paul Valéry (1871-1945) sein Krisenverständnis (vgl. Valéry,531): „Krise ist der Übergang von einer bestimmten Ordnung des Verdichtens zu einer anderen; ein Übergang, der an gewissen Zeichen und Symptomen spürbar wird. Während einer Krise scheint die Zeit ihr Wesen zu verändern; die Zeitdauer wird auf andere Weise wahrgenommen als beim normalen Stand der Dinge; statt den Beharrungszustand zu messen, mißt sie die Veränderung. Voraussetzung jeder Krise ist die Intervention neuer >Ursachen<, die ein labiles oder stabiles Gleichgewicht, das vor dem Bestand, erschüttern“ (ibid.,55).

Wenden wir uns nun den Fragen zu, die wir in der Vorbemerkung gestellt haben.

Zur Freiheit

Das schärfste Mittel, eine demokratische Gesellschaft zu beschädigen, ist die Einschränkung oder gar Aufhebung der Freiheit. Das Grundgesetz kennt aus gutem Grund keine Notstandsregelung. Deutschland hat sowohl in der

Weimarer Republik als auch besonders im Nationalsozialismus schlechte Erfahrung gemacht. Auch ohne die Proklamierung des Ausnahmezustandes funktioniert unsere Demokratie. Der Staat trifft seine Entscheidungen, wie die Kontaktsperre, auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes vom 1. Januar 2001. Dort findet man den Satz: „Die zuständige Behörde trifft die notwendigen Schutzmaßnahmen.“ Es erlaubt staatliche Eingriffe in Rechte wie „körperliche Unversehrtheit, die Freiheit der Person und das Recht des Brief- und Postgeheimnisses

In unserem föderalen System liegt die gemeinsame Verantwortung bei den lokalen und regionalen Behörden in Abstimmung mit der Bundesregierung. Die Umfragen im Politbarometer zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dies so akzeptiert.

Unsere liberale Demokratie ist nicht weniger effizient als Diktaturen wie etwa China oder auch Zentralstaaten wie zum Beispiel Frankreich. Alle notwendigen Maßnahmen, die das wichtigste Grundrecht, hinter dem alle anderen zurücktreten müssen, nämlich das Recht auf Leben schützen, sind durch unsere Verfassung abgesichert. Die Gesellschaft wird solange den politisch Handelnden einen großen Vertrauensvorschuss gewähren, solange sie gewiss ist, dass das Grundrecht der Freiheit unverzüglich nach der Krise in vollem Umfang wieder hergestellt wird.

Aus meiner Sicht besteht für die Bundesrepublik Deutschland nicht die Gefahr, dass die vorübergehende Aussetzung von Grundrechten, unsere Demokratie nach der Krise gefährdet. Unser gut funktionierendes Verfassungsgericht wird jeden Angriff auf unsere Grundordnung abwehren. Wie sieht es aber in halbautoritären Demokratien wie etwa Ungarn aus? Besteht dort nicht die Versuchung, die Situation im Sinne einer dauernden Einschränkung der Freiheitsrechte und anderer Grundrechte auszunutzen?

Zur Gleichheit

Noch sind wir mehr oder weniger gleich betroffen in der Krise, glücklicherweise nicht vom Virus, aber von den Vorkehrungen seiner Begrenzung. Gleichmaßen sind wir alle aufgefordert, unser Verhalten der Gefahr anzupassen, ohne Ansehen der Person. In der Einschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit sind wir alle gleich. Ganz konkret erfahren wir, wie sehr der Satz Rosa Luxemburgs (1871-1919) in dieser Notsituation zutrifft: „Die Freiheit ist immer die Freiheit des anders Denkenden.“

Oder wie es Immanuel Kant (1724-1804) formulierte, dass die Freiheit, die ich für mich in Anspruch nehme, die Freiheit eines anderen nicht einschränken darf. Also in der Einschränkung unserer Freiheit sind wir tatsächlich gleich, nicht jedoch wie jeder Einzelne diese Einschränkung erlebt und damit umgeht. Hier sind wir alle ungleich.

Was aber ist, wenn die Krise dramatisch fortschreitet, wie etwa in Italien oder Spanien, und das Gesundheitssystem an seine Grenzen stößt? Sind wir auch dann noch alle gleich? Oder müssen wir uns damit abfinden, dass Ärzte darüber entscheiden, wer leben darf?

Die Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) hat am 26. März 2020 ein Papier vorgelegt, wie die behandelnden Ärzte der Intensiv- und Notfallmedizin im Zusammenhang der COVID-19-Pandemie „sich verhalten“ können. „Die Entscheidungen müssen medizinisch begründet sein. Und es muss gerecht zugehen. Als Kriterium soll die klinische Erfolgsaussicht gelten, also die Wahrscheinlichkeit, ob der Patient die Intensivbehandlung überleben wird.“ So heißt es in den Handlungsempfehlungen: „Die Priorisierungen erfolgen ausdrücklich nicht in der Absicht, Menschen oder Menschenleben zu bewerten, sondern aufgrund der Verpflichtung, mit den (begrenzten) Ressourcen möglichst vielen Patienten eine nutzbringende Versorgung unter Krisenbedingungen zu ermöglichen“. ... Kriterium ist die klinische Erfolgsaussicht – nicht das Alter. ... Es gelte der Gleichheitsgrundsatz.“

Alles andere widerspricht nicht nur unserem Grundgesetz, sondern würde auch unsere Gesellschaft zerreißen.

Die Sorge der Intensiv- und Unfallmediziner ist natürlich sehr ernst zu nehmen. Unverständlich bleibt aber, dass ein industriell hoch entwickeltes Land durch Vorsorge nicht verhindern kann, dass eine solche Situation überhaupt eintreten kann. Dies hat sicher viel mit der Entsolidarisierung unserer Sozialsysteme, mit der fehlenden Gerechtigkeit und der Dominanz der Ökonomie zu tun.

„Die Wirtschaft können wir wieder aufbauen. Die Toten wieder zurückholen nicht.“ (Bill Gates)

Zur Solidarität

Kann eine gemeinsame Risikoerfahrung unser gesellschaftliches Zusammenleben vertiefen oder gar ändern?

Zumindest sieht es so aus: Nachbarschaftsnetzwerke, Hilfsangebote beim

Einkauf für Alleinstehende, gemeinsamer Applaus von den Balkonen für diejenigen, die das tägliche Leben aufrechterhalten, Musik von Künstlern im Video, nicht zu vergessen die Journalisten, die uns täglich Orientierung geben und vieles mehr. Die individuelle Angst, die sich kollektiv verdichtet, „das unbekannte Nichtwissen“ (David Spiegelhalter) verunsichert uns so stark, dass wir unser Heil in der Gemeinschaft suchen.

Wir werden gezwungen, unser altes Verhalten, den alt Trott zu überdenken. Nachdenken wie sehr der individuelle Eigennutz unser gesellschaftliches Verhalten auf Kosten des Gemeinwohls dominierte. Nachdenken über den Widerruf eines immer schlankeren Staates. Nachdenken über die Entsolidarisierung unserer Sozialsysteme. Nachdenken über unser Lebensgefühl. Nachdenken über die Zukunftsgestaltung nach der Pandemie. Nachdenken über eine bessere Vorsorge. Nachdenken über die Frage, ob nicht weniger mehr ist.

Alle diese Fragen hängen auch damit zusammen, wie wir eine gerechte, lebenswerte Gesellschaft gestalten können. Bernd Ulrich schreibt in seinem Beitrag für „Die Zeit“ „Apokalypse, not now“: Ähnliches gilt für die soziale Gerechtigkeit, auch da verschiebt sich gerade etwas. Dass sich die einen mehr nehmen als die anderen, nennt man in diesen Tagen >hamstern<. Dass sich die einen mehr nehmen als die anderen, nennt man Marktwirtschaft, und es ist heilig.“

Es gibt nicht die Gerechtigkeit. Neben der Bildungsgerechtigkeit, der Steuergerechtigkeit, der Generationengerechtigkeit u.a. hier wenige Anmerkungen zur Verteilungsgerechtigkeit. „Alle sozialen Werte – Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen – sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht.“(Rawls, 83) Wenn alle gleichbehandelt werden, vergrößert dies die Nachteile für die sowieso schon Benachteiligten. Zurückgebliebene müssen auf Kosten der bisher Bevorzugten überproportional behandelt werden. So wären zum Beispiel Geringverdiener bei einer Lohnerhöhung prozentual stärker zu berücksichtigen als Personen höherer Einkommen. Der neoliberale Einwand, dies verletze den Gleichheitsgrundsatz greift deshalb nicht, weil die Ausgangslage nicht gleich, sondern ungleich ist. So verfestigt jede gleichmäßige Lohnerhöhung linear für alle Einkommensgruppen tendenziell die Ungleichheit. Will man ernsthaft die bestehende Ungleichheit einer Gesellschaft minimieren, muss man die von allen erwirtschafteten Güter ungleich verteilen. Nur Gleiche können gleich, Ungleiche müssen ungleich mit dem Ziel einer Annäherung an das Niveau der Gleichen behandelt werden.

Gelingen wird dies nur, wenn wir die Forderung Aristoteles (384-322) beherzigen, Ethik, Politik und Ökonomie zu vereinigen

Europas Hilflosigkeit

In normalen Zeiten hätten wir die 25-jährige Wiederkehr der Unterzeichnung des Abkommens von Schengen als einen der größten Erfolge der europäischen Integrationsgeschichte gebührend gefeiert. Der Beginn des Wegfalls der Grenzen in Europa hat das Gefühl vieler Europäer ausgedrückt, wir gehören zusammen.

Ein Virus hat uns eines schlechteren belehrt, indem über Nacht die Nationalstaaten ohne geringste solidarische Absprache ihre Länder abschotteten. Der Schaden dieser Erfahrung für das europäische Projekt kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Schon vor Eintritt der jetzigen Krise konnte man eine zunehmende Renationalisierung in vielen Ländern Europas ausmachen. Der Nationalismus breitete sich ähnlich einem Virus in Europa aus. Man hatte den Eindruck, auch er war ansteckend. Wir glaubten durch die wunderbare Idee, Europa zu einen, dass massenwirksame Phänomen der letzten 250 Jahre gebändigt zu haben. Jedoch der zunehmenden nationalistischen Paranoia, die sich schon vor der jetzigen Krise in Europa und der Welt geradezu epidemisch ausbreitete, wurde durch die Pandemie neue Schubkraft verliehen. Anstatt europäische Solidarität zumindest in die nationale Krisenbewältigung einzubeziehen, war sich jeder Nationalstaat selbst der nächste und machte seine Grenzen dicht. Wasser auf die Mühlen des aggressiven Isolationismus, ja fast schon an Chauvinismus grenzend der Trump, Johnson, Bolsonaro, Putin, Xi, Orban und vieler anderer Politikmodellierer.

Wann, wenn nicht jetzt in dieser existenziellen Fundamentalkrise, die die europäische Hilflosigkeit so schonungslos offenbart, müssen wir über Transnationalität als Alternative zum Nationalstaat nachdenken. Um die Coronakrise, aber auch viele andere wie Klima, Finanzen, Migration, Brexit, Populismus, der Natur als Politikum bewältigen zu können, brauchen wir ein anderes Europa mit dem Endziel: ein Europa ohne Nationalstaaten. Wir brauchen eine „konkrete Utopie“. Schon König Salomon (10.Jh. v. Chr.) lehrt uns: „Wo keine Vision ist, werden die Menschen wild und wüst.“ Mit der Vision eines Europa ohne Nationalstaaten, einem Narrativ für eine bessere, eine gerechtere europäische Gesellschaft, ja, ein kosmopolitische, wenden wir uns

gegen die Erstarrung des Systems, gegen das Steckbleiben im vordergründig Ökonomischen, gegen den lähmenden Funktionalismus, gegen die Dominanz der Nationalinteressen, gegen die Ungleichheit zwischen großen und kleinen Ländern, gegen die zunehmende Entsolidarisierung, insbesondere der Sozialsysteme, gegen die Bürgerferne im heutigen Lissaboneuropa und vieles mehr.

Anstatt einer neoliberalen „Überbietungslogik“, die ständig neue Wege sucht, um Hindernisse und Widerstände für die „Fließgeschwindigkeit“ des Kapitals auszuräumen, zu deregulieren, zu flexibilisieren, brauchen wir Zielvorgaben und Lebensfantasien für die Politik. Wir müssen dem historisch erschöpften Nationalstaat, der nur noch Störenfried eines großen gesamteuropäischen Zukunftsprojekt ist, einen „kategorischen Imperativ“ entgegensetzen:

>> Wir brauchen weniger Nationalstaat, mehr Europa und mehr Demokratie <<

Normalität war Gestern

Die Coronakrise hat die Normalität verändert. Bernd Ulrich schreibt von einem „Bruch der Normalität“, Hans Kluge von der WHO: „Wir leben in einer neuen Reakität.“ Solche Aussagen signalisieren, dass wir zu der Realität, zu der Normalität wie vor der Krise nicht zurückkehren können.

Wie erwähnt, birgt Krise seit Hippokrates in einem Krankheitsverlauf die Wendung zum Besseren oder Schlechteren in sich. Auch das chinesische Schriftzeichen für Krise besteht aus zwei Teilen, nämlich Gefahr, Risiko und Chance. (Christoph Drösser) Jacob Burckhardt geht in seinen „Welgeschichtlichen Betrachtungen“ noch einen Schritt weiter, wenn er ohne Krisen keinen gesellschaftlichen Wandel sieht. Für ihn sind Krisen grundsätzlich positiv.

Danach können wir Krisen verorten zwischen einem offenen Entscheidungsprozess mit Alternativen und einer grundsätzlichen Kraft, die einen neuen gesellschaftlichen Aggregatzustand hervorbringt. Dieser Zustand stellt sich jedoch nicht wie von selbst, automatisch her. Er tritt nur dann ein, wenn er von jeder/jedem Einzelnen bewusst herbeigeführt wird. Dies bedeutet, dass jeder Mensch bereit sein muss, sein Verhalten gegenüber der Vorkrisenzustand zu überdenken und produktiv an einem neuen Zustand mitzuwirken. Eine notwendige Verhaltensänderung, gestützt auf eine Bewusstseinsänderung des/der Einzelnen, kann dann eine neue gesellschaftliche Realität erzeugen.

Erst dann haben wir eine gewisse Aussicht, auf die nächste Pandemie wie auch auf die Bewältigung der Klimakrise besser vorbereitet zu sein. Vielleicht sind ja beide Krisen nur zwei Seiten derselben Medaille oder wie Bernd Ulrich schreibt: "Als hätte die Klimakrise beschlossen, zwecks Beschleunigung und besserer Wahrnehmung zum Virus zu greifen".

Aachen, 29.3.2020

Lesen Sie auch: [THE END OF YESTERDAY](#) (20.3.2020)

Verwendete Literatur

Böttcher, Winfried (Hrsg.), 2014, Klassiker des europäischen Denkens – Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte, insbes. 743-750, Baden -Baden

Burckhardt, Jacob, 1941, Weltgeschichtliche Betrachtungen (WB), hrsg. v. Werner Kaegi, Bern

DIVI, 26.3.2020, Pressemitteilung

Drösser, Christoph, 28.3.2003, Krisenzeichen, Die Zeit, Nr. 36

Harper, Kyle, 2020, Fatum, München

Jänicke, Martin, (Hrsg.), 1973, Politische Systemkrisen, Köln

Jänicke, Martin, 1973, Die Analyse des politischen Systems aus der Krisenperspektive, in: ders., 14-50, Köln

Rawls, John, 1975, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M.

Starn, Rudolph, 1973, Historische Aspekte des Krisenbegriffs, in: Jänicke, 52-69, Köln

Ulrich, Bernd, 19.3.2020, Apokalypse, not now, Die Zeit, Nr. 13

Valéry, Paul, 1995, Werke, 7.Bde., hier: Bd. 7,J hrsg. v. Jürgen Schmidt-Radefeldt, Frankfurt a. M.

Weitere Publikationen von Winfried Böttcher



[Eine Koalition des Fortschritts?](#)
[Rüge plus Geschichtsunterricht für den Kanzlerkandidaten](#)
[Verhandlungsstarre zwischen EU und Russland](#)
[Der Dauerkonflikt im Nahen Osten](#)
[Die Lage in der Ukraine](#)
[Marc Aurel Philosoph und Kosmopolit](#)
[Der Tyrann](#)
[Corona Eine Zeitenwende](#)
[Europas Ohnmacht](#)
[Ein Europagipfel der Umwertung der Werte](#)
[Der Ukraine-Konflikt](#)
[Europa als regionalisierte Republik](#)
[Notnagel SPD](#)
[Fünf Thesen zu Katalonien](#)
[Deutschland im politischen Umbruch?](#)
[Gerechtigkeit](#)
[Nachlese zur Bundestagswahl 2017](#)
[Nein zu einer Deutschen Leitkultur in Europa](#)
[Eine verstörende Wirklichkeit](#)
[Rückblick oder Herausforderung?](#)
[Vom Ewigen Krieg](#)
[Ein anderes Europa](#)
[Die Insel und das Festland](#)
[WAS NUN TUN - EUROPA?](#)
[Die Insel und das Festland](#)
[Europa und Russland als Nachbarn](#)
[Kultur ist nicht alles](#)
[Nachdenken über Europa](#)
[Das Ukraine Experiment](#)
[Russland und der Westen](#)
[Dresden Juni 2013 / Januar. 2016](#)
[EUROPA IN NOT](#)

Bücher von Prof. Dr. Böttcher

[Europa 2020 - von der Krise zur Utopie](#) (erscheint im Dezember 2020 im "Tectum Verlag")
[Europas vergessene Visionäre](#) (2019)
[Die "Neuordner" Europas beim Wiener Kongress](#) (2017)
[Nachdenken über Europa](#) (Juni 2016)
[Klassiker des europäischen Denkens](#) (2014)
([Rezensionen zu Klassiker des europäischen Denkens](#))
[Ein anderes Europa](#) (2011)
[Subsidiarität für Europa](#) (2002) [Leseprobe](#)

Winfried Böttcher / Johanna Krawczynski, LIT-Verlag, Münster, Hamburg, London